

Rainer Schimpf Pfingsten 1849: Die Demokraten aus dem ganzen Land treffen sich in Reutlingen

Der Morgen des Pfingstmontags – ein schöner Morgen – brach heran, schon in aller Frühe zog das Volk aus allen Gauen mit flatternden Fahnen friedlich unter Sang und Klang heran, gleichsam als ob ein lange gekränktes Volk den Tag seiner Befreiung unter Freude und Jubel zu feiern gedenke. So beschrieb ein Bürgerwehrmann aus dem Oberland das farbenprächtige Bild, das sich ihm am 28. Mai 1849 in Reutlingen darbot. Wenige Stunden später hatten sich etwa 20000 Menschen vor dem Gasthof «Zum Bad» eingefunden: Die mit Spannung erwartete Volksversammlung konnte beginnen.

Daß Reutlingen zum Schauplatz der größten Volksversammlung der Revolutionsjahre in Württemberg werden sollte, war erst wenige Tage zuvor entschieden worden. Ursprünglich hatte nur eine kleine Kundgebung bei der weit außerhalb gelegenen Nebelhöhle als Ergänzung zu der seit langem geplanten Generalversammlung der Württembergischen «Volksvereine» stattfinden sollen. Doch dann hatten die endgültige Ablehnung der Kaiserkrone durch Friedrich Wilhelm IV., die blutige Niederschlagung des Dresdner Maiaufstands durch die Preußen und die erfolgreiche Revolution in Baden und in der Rheinpfalz die Situation dramatisch verändert: Die große Konfrontation zwischen der reaktionären Großmacht Preußen und den südwestdeutschen Revolutionären war nur noch eine Frage der Zeit.

Demokraten gründen landesweit «Volksvereine» – zentrale Versammlung in Reutlingen gegen Radikale

Die Zuspitzung der Ereignisse stürzte die Württemberger Demokraten in tiefe Verlegenheit, obwohl sie soeben erst auf einem neuen Gipfel ihrer Macht angelangt waren. Seit der Trennung von den Liberalen im Sommer 1848 hatte sich ihr Aufstieg zur wichtigsten politischen Kraft in Württemberg unaufhaltsam vollzogen. Häufig zunächst noch als «Vaterländischer Verein», später dann meist unter dem Namen «Volksverein» bedeckte bald ein eng geknüpftes Netz von demokratischen Organisationen das Land. Spätestens seit dem Jahresanfang 1849 drängten sie zum großen Leidwesen der Staatsbeamten die viel zu passiv auftretenden Konservativen und Liberalen immer weiter in die Defensive. Vor allem dank einer geschickten Öffentlichkeitsarbeit gelang es auch in den zunächst nur wenig interessierten ländlichen Regionen, den Gedanken der «Volksso-

veränität» populär zu machen. Auch ohne Guillotine und Blutvergießen «revolutionierte» diese nach außen hin wenig spektakulär wirkende Entwicklung das Land: Mit jedem neuen Verein wurde das Königreich ein Stück weiter mehr an seiner Basis demokratisiert.

Die erste wirkliche Probe ihres Einflusses hatten die «Volksvereine» glänzend bestanden: Mit einer eindrucksvollen Kampagne mobilisierten die Demokraten tausendfache Unterstützung für die Ende März 1849 von der Frankfurter Nationalversammlung vorgelegte Reichsverfassung. Dem Druck der demokratischen Öffentlichkeit mußte der zögernde König Wilhelm I. schließlich nachgeben und am 25. April widerwillig seine Anerkennung der neuen Verfassung aussprechen.

Aber es war gerade der Erfolg vom April, der jetzt im Mai den Landesausschuß, das höchste Gremium der «Volksvereine», fast lähmte. Angesichts der Eskalation in Deutschland kam es zum offenen Streit über das weitere Vorgehen. Während die Mehrheit nach wie vor darauf hoffte, daß die von Friedrich Römer geführte Stuttgarter Regierung im Ernstfall erneut entschlossen für die Reichsverfassung eintreten würde, hatten die Radikalen kein Vertrauen mehr in den Regierungschef. Um möglicherweise ein «zweites Offenburger» – von Offenburger war der Umsturz in Baden ausgegangen – inszenieren zu können, plädierten sie für einen strategisch günstigeren Ort für die geplante Generalversammlung als das abgelegene Reutlingen. Aus genau diesem Motiv berief der Ravensburger «Volksverein» eigenmächtig eine Volksversammlung für das Pfingstwochenende in das bereits an die Eisenbahn angeschlossene Göppingen ein. Entsprechend dem badischen Vorbild hätte man von dort aus gegebenenfalls schnell in die Hauptstadt vorstoßen können. Solchermaßen unter Druck gesetzt, versprachen die Gemäßigten, eine große zentrale Versammlung in Reutlingen abzuhalten. Immerhin, so hoffte man, konnten so wenigstens die Radikalen besser unter Kontrolle gehalten werden.

Pfingstsonntag: gemäßigte «Reutlinger Beschlüsse» – Badische Revolutionäre werben vergeblich

Dieses Beschwichtigungskalkül beherrschte auch die für den Pfingstsonntag angesetzten Verhandlungen der über 400 Abgeordneten von Vereinen

und Bürgerwehren aus 49 Oberämtern in der demonstrativ mit Schwarz-Rot-Gold geschmückten Reutlinger Spitalkirche. Angeführt von August Becher und dem Reutlinger Rektor und Landtagsabgeordneten Carl Friedrich Schnitzer beschloß die gemäßigte Mehrheit ein tags zuvor entworfenes Fünf-Punkte-Programm, das die Regierung zwar zur entschlossenen Verteidigung der Reichsverfassung drängen sollte, aber keineswegs einen ausdrücklich revolutionären Charakter besaß:

1. Ungesäumte Anerkennung und thatkräftige Durchführung des reichsgesetzlich bereits bestehenden Bündnisses mit allen Reichsländern, also auch mit Baden und mit der Rheinpfalz.
2. Unverzügliche Rückberufung der Truppen aus ihrer Angriffsstellung an der badischen Grenze, und Verweigerung des Ein- und Durchmarsches von Truppen, die nicht auf die Reichsverfassung beeidigt sind, insbesondere Nicht-einlassung von solchen Truppen in die Festung Ulm.

3. Als baldige Bewaffnung des ganzen Volkes, um jeden Angriff der Reichsfeinde bestehen und jeden deutschen Bruderstamm gegen dieselben schützen zu können.
4. Sofortige öffentliche und feierliche Beedigung des Heeres, sowie aller weltlichen und geistlichen Beamten.
5. Amnestie für alle politisch Angeschuldigte oder Gefangene.“

Um den gefürchteten revolutionären Elan der eigenen Basis zu bremsen, hatten sich Becher und Schnitzer eine besondere Form der Übergabe der Forderungen ausgedacht: Eine mit je einem Vertreter aus möglichst allen Oberämtern zusammengesetzte Delegation sollte nach Stuttgart reisen und dort die Beschlüsse in der Kammer der Abgeordneten einreichen. Damit wäre die große Gefahr einer blutigen Eskalation weitgehend gebannt gewesen - tatsächlich standen auf den Fildern schon Truppen bereit, um einen bewaffneten Volkszug notfalls auch gewaltsam zu unterdrücken.

E i n g a b e,

betreffend die Beschlüsse der am 27. und 28. Mai in Reutlingen gehaltenen Versammlungen.

Hohe Kammer der Abgeordneten!

Die am 27. f. M. in Reutlingen beisammen gewesene Versammlung von Abgeordneten von Volkvereinen, Gemeinde-Verhörden und Bürgerwehren des Landes, so wie von Soldaten, und die am 28. daselbst stattgehabte Volksversammlung hat beschlossen, an die Regierung folgende Forderungen zu stellen:

I.

Ungesäumte Anerkennung und thatkräftige Durchführung des reichsgesetzlich bereits bestehenden Bündnisses mit allen Reichsländern, also auch mit Baden und mit der Rheinpfalz.

II.

Unverzügliche Rückberufung der Truppen aus ihrer Angriffsstellung an der badischen Grenze, und Verweigerung des Ein- und Durchmarsches von Truppen, die nicht auf die Reichsverfassung beeidigt sind, insbesondere Nicht-einlassung von solchen Truppen in die Festung Ulm.

III.

Als baldige Bewaffnung des ganzen Volkes, um jeden Angriff der Reichsfeinde bestehen, und jeden deutschen Bruderstamm gegen dieselben schützen zu können.

IV.

Sofortige öffentliche und feierliche Beedigung des Heeres, so wie aller weltlichen und geistlichen Beamten auf die Reichsverfassung.

V.

Amnestie für alle politisch Angeschuldigten oder Gefangenen von Civil und Militär.

VI.

Unverzügliche Einberufung einer verfassungsgebenden Landesversammlung nach dem Reichswahlgesetze.

Dieselben Forderungen, wurde beschlossen, sollen zugleich an die Kammer der Abgeordneten gebracht, und diese aufgefordert werden, dieselben zu den übrigen zu machen, und als solche an die Regierung zu bringen. Mit der Uebergabe dieser Verlangen an die Regierung und die Kammer der Abgeordneten sind die Unterzeichneten beauftragt worden, denen zugleich aufgegeben wurde, auf eine bestimmte Antwort in kürzester Frist zu dringen, und bis dahin in Stuttgart beisammen zu bleiben. Sie entleiben sich hiemit dieses ihres Auftrages gegen die Kammer der Abgeordneten, und bitten im Hinblick auf die allgemeine Aufregung im ganzen Lande um schnelle Antwort und sehen deren Mittheilung an den mit unterzeichneten Dr. Lenz von Letznang entgegen.

Hochachtungsvoll etc.

Lenz von Letznang.

J. Seher für Forth.

A. Neher von Ravensburg.

A. Frisch von Knittlingen.

H. Müller für das Amt Stuttgart.

Blasch für Leutkirch.

Reßler für Bradenheim.

G. Desferer von Ehlingen.

Dr. Neuchlin für Böblingen.

A. Peltzant von Ellwangen.

Schultzeiß und Gutsbestzer Geyle in Unterweissach.

W. Napp von Tübingen.

F. Bullinger von Schramberg.

F. G. Miller von Nidlingen.

G. Herritter für Heilbronn.

Rechtskonsulent Goltzer für Waldsee.

Theob. Engel von Neckarhallsingen.

K. Nühle für Blaubeuren.

Wagner aus Geislingen.

J. Krauß für Aalen.

Sauter von Leichingen für Münsingen.

Ammermüller von Tübingen.

Erzinger für Welzheim.

Wedherlin für Spaichingen.

M. Holzherz für Mottenburg.

August Weiger für Waiblingen.

Christ. Dehaffen, Artillerist, für Mülltal.

Klumpp von Freudenstadt.

Müller von Stuttgart.

Maht für Urach.

Reidlein aus Saulgau.

Zwifler für Reutlingen.

Daser, Stadtförster in Stuttgart für Hall.

Bauernfeind für Sulz a. N.

Schab für Tuttlingen.

Springer von Jony.

Vinder von Ulm.

Dizel aus Balingen.

Fecht von Debringen.

D. Hirzel von Kirchheim u. Teck.

Schärrer aus Woyringen.

Planck von Weinsberg.

Englin von Altensteig.

Zeller, Rechtskonsulent in Galtu.

Geislerich von Weidelsheim, D.A. Marbach.

Seybold von Herrenberg.

Gahn von Mergentheim.

Umfried, Rechtskonsulent, von Leonberg.

Freisleben, Rechtskonsulent, von Heidenheim.

Baumann von Blaubeuren.

Bürn von Wunderkingen.

Bei der Volksversammlung am 27./28. Mai 1849 in Reutlingen wurde beschlossen, diese Forderungen den Abgeordneten in Stuttgart vorzulegen.

Diese Lithographie, um 1840 angefertigt, zeigt das Reutlinger Badgebäude, bei der Pfingstversammlung 1849 ein wichtiger Versammlungsort.



Völlig unzufrieden mit diesem vorsichtigen Taktieren waren dagegen die beiden Abgesandten der badischen Revolutionsregierung, Joseph Fickler und Heinrich Hoff. Sollte die Revolution in Baden eine Aussicht auf Erfolg haben, mußte sofort ein schlagkräftiges Bündnis mit Württemberg zustande kommen. Nur dann bestand eine realistische Möglichkeit, sich des unausweichlichen preußischen Ansturms erwehren zu können. Aber in der Generalversammlung verhallten ihre Appelle um aktive Hilfe wirkungslos. Die Mehrheit der Abgeordneten wollte vom Sturz der Regierung Friedrich Römer nichts hören. Fickler und Hoff blieb damit nur noch eine letzte Chance: Auf der Volksversammlung am nächsten Tag mußte der entscheidende Stimmungsumschwung herbeigeführt werden.

Pfingstmontag: Forderung nach Grundrechten – Ungeheure Menge schwört auf Reichsverfassung

Tatsächlich sah am Morgen des Pfingstmontags die Situation für Fickler und Hoff weit besser aus als noch am Vortag. Vor allem bei den Schwarzwälder und Oberländer Bauern stießen die beiden Badener mit ihrem Werben für den Aufstand auf offene Ohren. Die geschickt ausgestreute Forderung nach unentgeltlicher Aufhebung der noch bestehenden Feudallasten traf genau die Erwartungen der schwer bedrängten Landbevölkerung, die endlich rasche ökonomische Verbesserungen sehen wollte. Die friedliche Stimmung des Frühmorgens schien zu

kippen. «*Wie die lebendigen Teufel*» bedrängten die aufgebrauchten Schwarzwälder die herbeigeeilten Becher und Schnitzer. Abwechselnd auf die Tische springend, um sich so überhaupt noch Gehör verschaffen zu können, gelang es den beiden nur mit größter Mühe, die Erregung zu dämpfen. Erst die Zusicherung, neben dem Ruf nach einer verfassungsgebenden Versammlung – gewählt nach allgemeinem und gleichem Wahlrecht – auch die eigentlich unerwünschten sozialrevolutionären Forderungen zu akzeptieren, beruhigte wieder ein wenig die erhitzten Gemüter.

Während Becher und Schnitzer sich im Garten mit Fickler stritten, wurde hinter den Türen des Badsaals eine «klassische» Revolution geplant. Der im Landesausschuß für Bürgerwehrfragen zuständige Esslinger Carl Mayer verteilte in einer von ihm persönlich einberufenen «Wehrversammlung» die anstehenden revolutionären Aufgaben: Einnahme von Festungen, Beschlagnahmung von Verkehrsmitteln und öffentlichen Kassen. Die Reaktion der Regierung auf die Reutlinger Beschlüsse sollte über die Ausführung entscheiden: Für den Fall der Ablehnung sollte durch Feuersignale und Kurierere das Signal zum Losschlagen gegeben werden. Aber von einem ausgereiften Plan konnte bei weitem nicht die Rede sein. Der Verlauf der «Wehrversammlung» nahm geradezu chaotische und groteske Züge an. Aufträge wurden vergeben, ohne daß nur annähernd geklärt gewesen wäre, wie diese auch verwirklicht werden konnten. Fast niemand ver-



«Freiheit oder Tod» steht auf der Fahne der «freiwilligen Compagnie», die von Reutlingen aus den badischen Revolutionären zu Hilfe eilte.

fügte über geeignete Mittel für die ihm zgedachte Aufgabe. Und: Carl Mayer handelte auf eigene Faust – ohne ausdrückliche Rückendeckung des Landesausschusses.

Die am Nachmittag abgehaltene Volksversammlung verlief nach dem turbulenten Vormittag ohne weitere Störungen. Nach der Annahme der jetzt erweiterten Beschlüsse kam es zum emotionalen Höhepunkt der Veranstaltung: *Die ganze ungeheure Menschenmenge schwur mit emporgehobenen Händen zum Himmel, an der Reichsverfassung zu halten und sie nöthigenfalls mit Waffengewalt zu schützen.* Der Landesausschuß konnte zufrieden sein: Das gewünschte Bekenntnis zur Reichsverfassung, das die Regierung unter Druck setzen sollte, war überwältigend ausgefallen, und das befürchtete «zweite Offenburger» hatte gerade noch einmal abgewendet werden können. Um so niedergeschlagener verließen dafür Joseph Fickler und Heinrich Hoff die Stadt: Für Baden waren die Aussichten jetzt düster.

Die 53 Deputierten erreichen in Stuttgart nichts – Die «Reutlinger Beschlüsse» zünden im ganzen Königreich

Unmittelbar nach dem Ende der Reutlinger Versammlung reiste die zusammengestellte 53köpfige

Deputation wie geplant nach Stuttgart. Die Entscheidung sollte dort schneller fallen als erwartet: Unbeeindruckt von dem Volksvotum wies Regierungschef Friedrich Römer *in offener Geringschätzung* («Der Beobachter») die «Reutlinger Beschlüsse» noch am Nachmittag des 29. Mai 1849 zurück, und selbst in der Zweiten Kammer der Abgeordneten fand man keine Unterstützung. Der Empfang der Deputation wurde mit Hinweis auf die Verfassung verweigert und der danach mit den Forderungen befaßte Fünfezehnerausschuß machte die Hilfe für Baden von einem eindeutigen Bekenntnis der badischen Revolutionsregierung zur Reichsverfassung abhängig, was einer Ablehnung gleichkam. Auch in der letztlich entscheidenden Abstimmung in der Kammer unterlagen die Befürworter mit 18 zu 60 Stimmen mehr als deutlich. Der Deputation blieb nichts anderes übrig, als ihr völliges Scheitern einzugestehen. Bevor sie sich verbittert auflöste, rang sie sich noch zu einem letzten Aufruf durch, daß nun die Tat gefordert sei. Doch nur eine kleine Gruppe um Becher und Hausmann zog wirklich nach Baden, der Rest kehrte enttäuscht nach Hause zurück.

Voller Spannung wartete das ganze Land auf die Ergebnisse aus Stuttgart. Innerhalb von zwei Tagen waren die «Reutlinger Beschlüsse» durch die Presse fast überall bekannt gemacht worden. Die Berichte der aus Reutlingen zurückkehrenden Teilnehmer hatten die Aufregung vielerorts noch gesteigert. Die Zwischenfälle häuften sich. Im Amtsbezirk Nürtingen etwa drohte der Bürgerwehrrhauptmann Gottlieb Wohlhaupter am Dienstag mit *sehr frechen* Äußerungen mehreren Ortsvorstehern Gewalt an, wenn sie sich der Vollziehung der Reutlinger Beschlüsse in den Weg stellen wollten. Aber auch im weiter entfernten Öhringen wurde nach der Rückkehr des Schulmeisters Fecht *alsbald eine Bürgerversammlung in der Krone abgehalten*, wie das Oberamt berichtete: *Die zahlreich besuchte Gesellschaft blieb bis zur eintretenden Dämmerung in der größten Aufregung beisammen, wobei nur eine, die vollständige Anerkennung der Reutlinger Beschlüsse enthaltende Erklärung zu Papier gebracht wurde, zu deren Unterschrift mehrere Einwohner dem Vernehmen nach sogar vom Feld geholt, u. unter Drohungen genöthigt wurden.* In Sulz am Neckar wiederum bereitete sich die Bürgerwehr sofort auf einen bewaffneten Ausmarsch vor. Schultheißnamtsgehilfe Mühlhäuser informierte die Nachbarorte lakonisch knapp davon, daß wenn die Anerkennung nicht erteilt werde, *wir durch Staffetten Nachricht erhalten, und es ist in diesem Fall ein bewaffneter Zug nach Stuttgart von dem Landesausschuß angeordnet.*

*Nationalversammlung flüchtet nach Stuttgart
und wird aufgelöst – Aufständische Bürgerwehren
unterliegen württembergischem Militär*

Aber das vereinbarte Signal blieb aus. Schuld daran war nicht zuletzt die auf einmal völlig veränderte Lage in Stuttgart. Kurz nach dem Scheitern der Reutlinger Delegation war die Nachricht eingetroffen, daß die übriggebliebenen Abgeordneten der Frankfurter Nationalversammlung nach Stuttgart umziehen würden. Damit schien die Hoffnung verbunden zu sein, daß die Nationalversammlung das soeben abgelehnte Bündnis mit Baden doch noch durchsetzen werde. Tatsächlich begann sofort ein dramatischer Machtkampf zwischen der Nationalversammlung und der von ihr eingesetzten neuen Regentschaft auf der einen Seite sowie der württembergischen Regierung auf der anderen Seite. Mit Nachdruck versuchte die Regentschaft, die Kontrolle über das Militär und – als dies gescheitert war – über die Bürgerwehren zu gewinnen. Die attackierte Regierung setzte sich jedoch entschlossen zur Wehr: Am 18. Juni 1849 verfügte Römer die Absperrung des Tagungsorts der Nationalversammlung. Die den Durchbruch dennoch erzwingen wollenden Abgeordneten vertrieb das württembergische Militär unerbittlich. Das erste freie gesamtdeutsche Parlament war am Ende.

Erst jetzt regte sich breiter Widerstand: In Kirchheim, Riedlingen und Ravensburg rebellierten die Bürgerwehren, von Freudenstadt aus formierte sich ein bewaffneter Zug nach Stuttgart. Häufig standen dabei die vormaligen Reutlinger Abgeordneten an der Spitze der Aktionen: In Calw führte Rechtskonsulent Zeller den Sturm auf das Rathaus zur Bewaffnung der Aufständischen an, und in Sulz versuchte der Apotheker Johann Baptist Bauernfeind, Unterstützung für den Marsch nach Stuttgart zu mobilisieren. Von Reutlingen selbst brach wie von Esslingen und Tübingen eine größere Gruppe von Freischärlern direkt nach Baden auf.

Der Zusammenbruch folgte schnell: Gegen das treu auf der Seite der Regierung und des Königs verbleibende württembergische Militär hatten die Feierabend-Soldaten der Bürgerwehren keine Chance. Entmutigt von der Übermacht kehrten sie noch, bevor es ernst wurde, wieder nach Hause zurück. In den Kampf zogen dagegen die Freischärler. Die Männer der «Schwäbischen Legion» beteiligten sich aktiv an der verzweifelten Abwehr der Preußen im Nachbarland – ohne Erfolg. Nur Tod, Flucht und Verfolgung brachte ihnen ihr hoher persönlicher Einsatz ein.

Die Erfahrung der Verfolgung teilten die Freischärler mit den Hauptbeteiligten der Reutlinger Pfingstversammlung. Der Vorwurf des Hochverrats vereinte sie an einem Ort: der Gefängnisfestung Hohenasperg.



Schlußpunkt: württembergisches Militär sprengt in Stuttgart das «Rumpfparlament», die deutsche Nationalversammlung.